

Großbritannien geht – wer hat die Schuld?

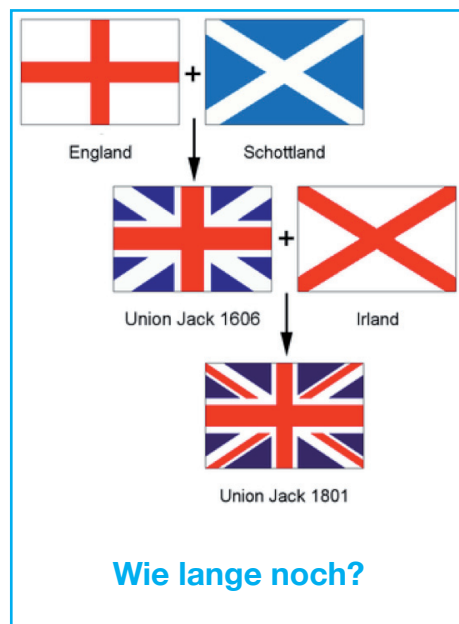
Die Briten haben entschieden, wenn auch knapp, aber Mehrheit ist Mehrheit. Brexit ist beschlossen. Die Volksabstimmung ging 52 % zu 48 % für den Austritt aus der Europäischen Union aus. Und natürlich wird danach gefragt, wer denn nun Schuld hat. Nur wenige Stunden nach dem Ergebnis wurden Umfragen veröffentlicht, die am Tage des Referendums durchgeführt wurden. Danach steht zumindest fest, dass unterschiedliches Wahlverhalten von Männern und Frauen nicht ausschlaggebend war. Die Differenz ist zu gering. Anders sieht das aus, wenn man den Bildungsgrad anschaut. Für den Austritt stimmten Briten mit niedrigem Bildungsstand mit 61 % und mit Hochschulabschluss nur mit 28 %. Ähnliche Differenzen gibt es, wenn man auf das Alter der Wähler schaut. Danach haben 75% der 18 – 24 jährigen und nur 39 % der über 65 jährigen für das Bleiben gestimmt, während nur 25 % der jungen aber 61 % der älteren Wähler für den Austritt stimmten.

In den neuen Medien dreschen jetzt einige Aktivisten auf die älteren Wähler mit dem Argument ein, dass sie ihnen ihre Zukunft verdorben hätten.

Wer die reinen Zahlen begutachtet, kann sicherlich zu diesen Ergebnissen gelangen. Trotzdem muss man sich fragen, wie solches Wahlverhalten zustande kommt.

Die Annäherung Großbritanniens an das europäische Staatengebilde ist eine lange und im Königreich ständig umstrittene Geschichte. Zunächst brauchte es drei Anläufe, um überhaupt Mitglied der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) zu werden, nachdem die

EFTA (European Free Trade Association) ihr Ziel verfehlt und die Franzosen zwei Anläufe blockiert hatten.



Quelle: Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=895166>

1973 war es dann endlich soweit. An den Feierlichkeiten nahm der damalige Premier Wilson kurioserweise aber nicht teil, obwohl er die Beitrittsverhandlungen geführt hatte. Er wollte aber schon damals ein Referendum. Dieses Referendum wurde dann im Jahr 1975 durchgeführt. Ergebnis: 67,2 % für den Verbleib in der damaligen EWG. Damit hätte jetzt Schluss mit der Debatte sein können. Vor allem nachdem Margret Thatcher von 1979 bis 1990 Premierministerin war. Sie hat in dieser Phase viel für Großbritannien in der EU erreicht. Die eiserne Lady war für die Europäer ein Schreckgespenst. Sie drohte zwar nie mit Austritt aus der EWG, aber sie nutzte jede Chance die anderen Länder zu Zugeständnissen zu zwingen. Und sie machte

deutlich, dass sie Europa als Wirtschaftsgemeinschaft und nicht als politische Union haben wollte.

Europa musste damals und auch heute für Vieles erhalten, teilweise berechtigt, teilweise aber nicht. In Großbritannien nutzten die Parteien und die Parteiflügel der Parteien die EWG und später die EU als Vorzeigesündenbock. Mit dem Aufkommen der Nationalisten verschärfte sich die Situation. Das führte auch dazu, dass im Wahlkampf die Befürworter von „remain“ mit rationalen Argumenten gegen emotionale Positionen der Befürworter von „leave“ kämpften. Ein Kampf, den man nicht gewinnen kann.

So ist es nicht verwunderlich, dass die Briten mit geringerem Bildungsstand den einfachen emotionalen Argumenten folgten. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass die Älteren, die die jahrzehntelangen Schuldzuweisungen an Europa für innerbritische Problemlagen ständig verfolgen mussten, mehr für „leave“ als für „remain“ zu motivieren waren.

Für die Europäische Union stellt sich nach dieser Abstimmung die Frage, ob sie nicht doch das Tempo bei der politischen Einigung drosseln sollte und die Eigenentwicklung in den Mitgliedsstaaten bei Einhaltung der grundsätzlichen Werte der EU mehr respektieren sollte. Die Frage für die europäischen Bürger ist doch immer wieder: Was habe ich davon? Nachdem die Freizügigkeit, in vielen Ländern, die gemeinsame Währung und viele andere positive Entwicklungen erreicht sind, sollte man bei der Zwangsharmonisierung des Lebens in den Mitgliedstaaten ein wenig zurückhaltender sein.

Editorial

Viele Flüchtlinge sind schon da, viele werden noch kommen. Die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Kommunen planen Integrationskonzepte mit einer Vielzahl von Institutionen, mit Angeboten Deutsch zu lernen, sich an die deutsche Straßenverkehrsordnung zu gewöhnen und die Werte der Aufnahmegesellschaft zu verstehen und vieles mehr. Milliarden werden in Bewegung gesetzt und so mancher Deutscher schielt schon auf die möglichen Verdienstquellen im Integrationsmarkt. Der Zuzug der Flüchtlinge hat sich zu einem riesigen Geschäft entwickelt, das dem Schleusergeschäft kaum nachsteht.

Viele stehen auf dem Standpunkt: Der Staat soll die Strukturen schaffen, Geld zur Verfügung stellen, Gesetze und Regelungen schaffen und

dann wird die Integration schon klappen und wenn nicht freiwillig, dann eben mit ein bisschen Druck. Und wenn das alles nicht klappt, haben eben die Gesetze, die Institutionen oder die Verantwortlichen versagt.

Aber Integration ist nicht Aufgabe von einigen Wenigen oder den vielen bis zur Erschöpfung arbeitenden Ehrenamtlern. Integration ist unsere Aufgabe als Mensch und Bürger in Deutschland. Integration findet zwischen Menschen statt und nicht zwischen Staat und Flüchtlingen. Integration findet dadurch statt, dass man aufeinander zugeht, miteinander redet, wie auch immer mit Händen, Füßen oder sonst wie. Kinder schaffen Integration in kürzester Zeit, wenn die Eltern sie nicht dabei stoppen.

Die Zeit der Verwaltung der Flüchtlinge muss übergehen in die Zeit der

normalen nachbarschaftlichen Beziehungen. Das Erkennen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden und die Bereitschaft des Lernens voneinander und das Akzeptieren von Werten sind erste wichtige Schritte. Unter uns Senioren gibt es viele, die Erfahrungen mit Flüchtlingen haben. Entweder waren sie selbst Flüchtlinge im und nach dem Weltkrieg und in der Zeit der DDR oder sie hatten mit Flüchtlingen zu tun. Wenden wir diese Erfahrungen, die nicht immer gut waren aber letztlich erfolgreich, bei unserem neuen Integrationsauftrag an. Die Partner finden sie auf der Straße, im Supermarkt, in der Nachbarschaft.



Peter Schröder
Landesvorsitzender
Liberalen Senioren

Das Integrationsgesetz des Bundes: Chancen und Risiken

Der Bund will ein Integrationsgesetz verabschieden und damit die Integration Schutzsuchender fördern. Dazu werden die Sozialgesetzbücher II, III, XII, das Asylbewerberleistungsgesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Asylgesetz und das Ausländerzentralregistergesetz zu ändern sein. Hier zeichnet sich schon die komplexe Gesetzeslage ab.

Zur Integration liegt der Schwerpunkt des Gesetzes auf dem Erwerb der deutschen Sprache sowie einer dem deutschen Arbeitsmarkt gerecht werdenden Qualifizierung. Als Kernangebot der Integration gelten dabei die Integrationskurse mit aufenthaltsrechtlichen und leistungsrechtlichen Auswirkungen. Dadurch wird das Grundprinzip „Förderung und Forderung“ deutlich. Wer sich nicht an den Kursen beteiligt, muss mit dem Absenken des Leistungsniveaus rechnen. Wer sich intensiv um Integration bemüht, erhält schneller Aufenthalts- und Niederlassungsrechte.

Soweit die Intention des Gesetzes, ohne dass hier der Versuch ge-

macht wird in die Feinheiten des Gesetzes einzusteigen. Allerdings sollten folgende Aspekte nicht außer Acht gelassen werden:

Den Zugang zu den Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen haben Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, Geduldete und Ausreisepflichtige nicht. Sie können also nicht in den Genuss der Integrationsmaßnahmen kommen, was einerseits logisch und konsequent ist, andererseits aber nur dann zu keinen Problemen führen wird, wenn sie umgehend das Land verlassen. Das ist allerdings bei der Abschiebep Praxis der Länder und dem ungeklärten Status bei Geduldeten gefährlich. Es könnten sich Ghettos mit perspektivlosen Menschen bilden.

Das Gesetz kümmert sich auch nicht um diejenigen, die seit Jahren in der Bundesrepublik leben und sich bisher einer Integration erfolgreich entzogen haben. Das bedeutet, dass die Probleme mit den schon vorhandenen Integrationsverweigerern nicht gelöst werden.

Mit dem Integrationsgesetz ist auch ein Eingriff in die Rentenversicherung verbunden. Anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber sind vom Erfordernis der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung oder vergleichbarer Aufwendungen befreit und es wird nach fünf Jahren lediglich eine überwiegende Lebensunterhaltungssicherung vorgesehen. Also wieder ein versicherungsfremder Eingriff in die Rentenkassen.

Um Ghettobildungen zu verhindern sieht das Gesetz darüber hinaus Wohnsitzverpflichtungen für anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber vor. Ob diese Vorschrift überhaupt kontrollierbar ist oder ob sie zu einer Masse von illegalen, sich versteckenden und damit perspektivlosen und radikalisierbaren Menschen führt, wird die Realität zeigen. Zweifel sind hier angebracht.

Da es sich bei der Integrationsgesetzgebung um ein komplexes Zusammenspiel zwischen Leistungen und Ansprüchen aus unterschiedlichen Gesetzen, Forderungen und Förderungen unterschiedlicher Art

und Weise handelt, besteht die Gefahr, dass sich eine Rechtsmittelinindustrie entwickelt, die die teilweise schwer und nur subjektiv prüfbaren Ergebnisse der Integrationsleistungen zu endlosen Gerichtsverfahren nutzt.

Der Bund hat mit diesem Integrationsgesetzentwurf zunächst seine Pflicht getan. Inwieweit die Länder und Kommunen, die auf sie zukommenden Aufgaben erfolgreich erledigen können, muss die Praxis zeigen. Die wirkliche Integration wird sich aber erst im zwischenmenschlichen Kontakt ergeben.

Regierungsbildung in Rheinland-Pfalz: Chance oder Verrat

Mit dem Wiedereinzug der FDP in den Landtag von Rheinland-Pfalz waren große Erwartungen verbunden. Die rot-grüne Landesregierung sollte abgewählt und durch eine neue Koalition ersetzt werden. Das Ergebnis ist nun eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen, die die Bildzeitung dazu veranlasste zu titeln: Hat die FDP ihre Wähler getäuscht?

Volker Wissing, der Spitzenkandidat der Partei hatte eine Ampel vor der Wahl ausgeschlossen. Jetzt als stellv. Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau muss er mit seiner FDP zeigen, dass eine wirkliche Wende in Rheinland-Pfalz erreicht worden ist. Der Wähler muss an der Politik erkennen, dass hier Liberale an der Macht sind und ihre Wahlkampfversprechen einhalten. Koalitionswahlkämpfe, die früher für eine bestimmte Politikausrichtung standen, sind vorbei. Dazu ist das Parteiensystem entsprechend der Wählerwünsche zu komplex und volatil geworden. Es geht nur um die Durchsetzung von politischen Zielen. Daran wird man die FDP in der Landesregierung messen müssen. Ein Verrat zeigt sich nicht in der Wahl der Koalition, sondern in den politischen Ergebnissen. Nur die gilt es zu überprüfen.

Wo ist demokratische Streitkultur in der deutschen Politik geblieben?

Populismus, „Shit Storms“, digitale Empörungswellen und endlose Talkshows stehen viel zu oft im Vordergrund und fördern telegene Selbstdarstellungen, ohne auf die zu lösenden Konflikte einzugehen. Beim Netzwerktreffen der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit in Kooperation mit dem Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten der Stiftung VSA am 04. Juni 2016 im Stadtmuseum in Siegburg beklagte VSA-Präsidentin Liane Knüppel, dass sachlicher Umgang in der politischen Debatte häufig fehle.



Foto: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Professor Andreas Pinkwart plädierte in seinem Referat leidenschaftlich für die Wiederentdeckung demokratischer Streitkultur. „Wenn 40 bis 50% der Wahlberechtigten nicht zur Wahl gehen und sich keiner fragt, warum das so ist und was sich ändern müsste, dann hat die Demokratie ein strukturelles Problem. Ich würde mir wünschen, dass Parteien im demokratischen Wettbewerb wieder lernen, miteinander zu streiten. Erfolgreiche Politik und gute Debatten leben von einer gesunden Streitkultur und dem respektvollen Umgang miteinander.“

VSA-Präsidentin Liane Knüppel gehörte 2001 zu den Initiatorinnen und Mitbegründern der Liberalen Senioren.

Rheinild Sachtleben

Freiheit, Fairness, Chancen

Der Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Dr. Wolfgang Gerhardt erläuterte dem Bundesvorstand der Liberalen Senioren kürzlich in Frankfurt sein Verständnis von einem normativen Profil liberaler Politik. Danach ist Liberalität ein Lebensgefühl, geprägt von Grundfestigkeit und Charakter. Liberaler Politikstil muss sich auszeichnen durch Mut und langen Atem. Gerhardt fordert eine „Debatten-Kultur, weg von manchen hysterischen Gesinnungsdebatten hin zu Zukunftsfragen ohne Gebrauch von Totschlagargumenten.“ Wir sollten den Menschen ihre Verlustängste nehmen und ihnen Freude an Eigenverantwortung und Antriebsstärke vermitteln.

Dr. Gerhardt zitierte den deutschstämmigen amerikanischen Historiker Fritz Stern, der uns Deutsche aufforderte, ein Stück mehr Zufriedenheit über das Erreichte zu zeigen – Stolz auf unsere Wertegrundlage, das Grundgesetz, auf die Aufarbeitung unserer Geschichte und auf unsere gelebte Demokratie als logische Konsequenz, auf die Geduld bei politischen Prozessen, die – siehe Hans-Dietrich Genscher – Geschichte schrieben, und die von uns erarbeitete gesellschaftliche Freiheit, die schleichend in Gefahr gerät.

Wir sind uns mit Dr. Gerhardt einig, dass wir Freien Demokraten – gerade vor dem Hintergrund jüngster Wahlerfolge – nicht in alte Verhaltensweisen zurückfallen dürfen. Offenheit, Standfestigkeit und fairer Umgang miteinander gehören zu der geraden Linie, die uns zurück in die Parlamente führt. Wir Liberalen Senioren wollen einen Beitrag dazu leisten.

Detlef Parr
Bundesvorsitzender der
Liberalen Senioren

Aufgepasst – die Betrüger werden schlauer!

Immer wieder wird vor dem Enkeltrick und anderen Betrugsversuchen zu Lasten von Senioren gewarnt.

Dieser Tage erreichte mich ein Anruf von der „Rechtsabteilung der Deutschen Rentenversicherung“ mit der Ankündigung, dass meine Rente gepfändet werden müsse, weil mein (verstorbenen) Mann telefonisch einem Geschäft zugestimmt habe. Das war zwar alles völlig haltlos – die neue Dimension bei derartigen Anrufen besteht für meine Begriffe darin, dass der Anrufer mir ein angebliches Aktenzeichen mit den Geburtsdaten meines Mannes nannte, angeblich, die Sterbeurkunde vorliegen hatte, und mir anbot, die angeblich aufgelaufenen „Schulden“ zu einen gewissen Prozentsatz zu senken; allerdings müsse ich sofort bezahlen. Natürlich kann es keine Rentenpfändung geben, ohne dass man vorher informiert worden ist. Dennoch war verblüffend, wie viele Details der angebliche Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung wusste und ausspielte. Noch überraschender – Internettelefonie macht es möglich – dass er als Rückrufnummer tatsächlich eine Telefonnummer der Deutschen Rentenversicherung verwendete, natürlich mit Durchwahlziffern, die dann nicht mehr zur Rentenversicherung gehörten.

Ein Anruf bei der Datenschutzstelle der Deutschen Rentenversicherung in Berlin ergab, dass diese Betrugsform 2014 bereits beobachtet wurde. Ich wurde gebeten, in meinem Umfeld zu warnen und die Polizei zu verständigen. Es war innerhalb von einem Tag der zweite Fall dieser Art, der bei der Bonner Kriminalkommissarin gemeldet wurde. Es geht den Betrügern darum, dass die verunsicherten und sehr emotional angesprochenen „Gepfändeten“ sofort bezahlen, und zwar, so dass das Geld unwiederbringlich auf einem Auslandskonto verschwindet.

Rheinild Sachtleben

Nachruf

Die Liberalen Senioren NRW trauern um ihr langjähriges Vorstandsmitglied

Edith Brodowski-Laaps,

die am 10. April 2016 nach kurzer schwerer Krankheit in Schwelm verstorben ist. Viele Jahre lang unterstützte sie ihren Ehemann Arno, unseren langjährigen Vorsitzenden, bei seinen vielfältigen Aktivitäten. Als Beisitzerin in unserem Vorstand sorgte sie nicht nur für sein Wohlergehen, sondern kümmerte sich um uns alle.

Wir behalten sie so in Erinnerung, wie wir sie in den schönen und spannenden Zeiten im Vorstand erlebt haben.

Unsere Anteilnahme gilt ihrem Ehemann Arno und Sohn Wolfgang. Wir wissen, dass ein großer Freundeskreis in Wuppertal und in der großen weiten Welt genauso trauert wie wir.

Save the date

Delegierten- und Mitgliederversammlung
des Bundesverbandes Liberale Senioren
Samstag, 1. Oktober 2016
von 10.30 bis 16.00 Uhr
Avena Europa Hotel, Kaiserstr. 7 in Mainz
Wir freuen uns über Ihren Besuch.



Bei dem obligatorischen „Seelscheider Handwerkermarkt“ haben die Liberalen Senioren den Ortsverband der FDP unterstützt.

Jetzt wird geerntet.

Vor drei Jahren haben die Liberalen Senioren in Siegburg eine große Untersuchung der Bushaltestellen zur Barrierefreiheit erarbeitet und über den Beschwerdeausschuss in den Rat der Stadt eingebracht. Die Stadtplanung hat dann in vierteljährlichen Abständen alle Haltestellen untersucht und eine Prioritätenliste für Umbaumaßnahmen vorgelegt. Nun hat der Rat für die ersten sieben Haltestellenumbauten grünes Licht gegeben und die Aufträge erteilt. Immerhin handelt es sich um eine Investition von 300.000 €, die durch das Land gefördert wird, so dass der bei der Stadt verbleibende Betrag deutlich kleiner ist.

Peter Schröder

Steuerecke

Außergewöhnliche Belastungen z.B. bei Zahnersatz (§ 33 EStG)

Der Eigenanteil für einen neuen Zahnersatz kann im Einzelfall schon mehrere Tausend Euro betragen. Die Aufwendungen hierfür sind steuerlich abzugsfähig, soweit die „zumutbare Eigenbelastung“ überschritten wird. Die zumutbare Eigenbelastung richtet sich nach Familienstand und Einkommen. Da es sich um eine jahresbezogene Betrachtung handelt, ist es sinnvoll, die Zahnarzt- und Laborrechnungen innerhalb eines Kalenderjahres zu zahlen, damit die zumutbare Eigenbelastung nur einmal in Abzug gebracht wird. Additiv können daneben dann auch andere vergleichbare Aufwendungen mit geltend gemacht werden (z.B. Sehhilfen, Hörgeräte, Eigenanteil Verordnungen und andere medizinische Eigenaufwendungen).

Heinz K. Hadamik

Impressum:

Sprachrohr – Mitgliederzeitung der LIBERALEN SENIOREN NRW
Wird von den Liberalen Senioren NRW herausgegeben.
Anschrift: Liberale Senioren NRW, Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf
Tel: 0211-497090 · Fax: 0211-4970950
Email: info@liberale-senioren-nrw.de · www.liberale-senioren-nrw.de
Erscheinungsweise: unregelmäßig, ca. 4 mal im Jahr
Redaktion: Peter Schröder, Rheinild Sachtleben, Volkmar Schrimpf
Druck: flyeralarm

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Autoren sind im Sinne des Presserechts für den Inhalt selbst verantwortlich. Nachdruck von Beiträgen aus dem Sprachrohr gegen Quellenangabe und Belegexemplar ist kostenfrei gestattet.